

Ja zum Vertragsentwurf mit Stocken-Höfen und Thierachern

Schule Stocken-Höfen:

- Die **gemeinsame Schule mit Höfen hat sich bewährt** während den letzten fünf Jahren.
- Ein **sicherer Schulweg** für die Kinder muss oberste Priorität haben.
- **Distanz und Mittagszeit** sind von Vorteil.
- Der **Postautobetrieb mit flexiblen Fahrplänen** ist durch nichts zu ersetzen.
- **Stabile Klassengrössen** sind auch in der Schule Stocken-Höfen-Amsoldingen möglich.
- **Unterricht ist ebenfalls auf zwei Standorte reduziert** – Amsoldingen (KG, 1./2.Klasse) und Höfen (Niederstocken: KG, 1./2.Klasse Stocken-Höfen)
- **Dorfschule bleibt mittelfristig erhalten.**
- **Lösung wäre finanziell tragbar.**
- **Zweijährige Zwischenlösung** für Amsoldinger Schule wäre für alle Beteiligten, vor allem für Schüler und Lehrer, ein Gewinn.



Schule Thierachern:

- **Schülertransport ist noch ungeklärt** – Sicherheit der Kinder ist kein Luxusproblem.
- Stabile Lösung für Behörden und Lehrpersonen bedeutet noch **keine stabile Situation für Eltern und Schüler.** Nicht jedes Kind fühlt sich in einer grösseren Schule wohl, die Mittagszeit verkürzt sich.
- Die **finanziellen Folgen** des Schulanschlusses sind **noch nicht bekannt.**
- Der **rasche Umsetzungszeitpunkt kann sich auch zum Nachteil auswirken.** Zwei Schulwechsel innerhalb eines Jahres sind für Kinder und Lehrer schwierig.
- **Willkommen zu sein** bei den Thieracherer Behörden heisst noch nicht, auch bei Eltern und Kindern willkommen zu sein.
- Eine **mittelfristige Auslagerung der gesamten Schule** nach Thierachern muss befürchtet werden (keine Schule mehr in Amsoldingen?).

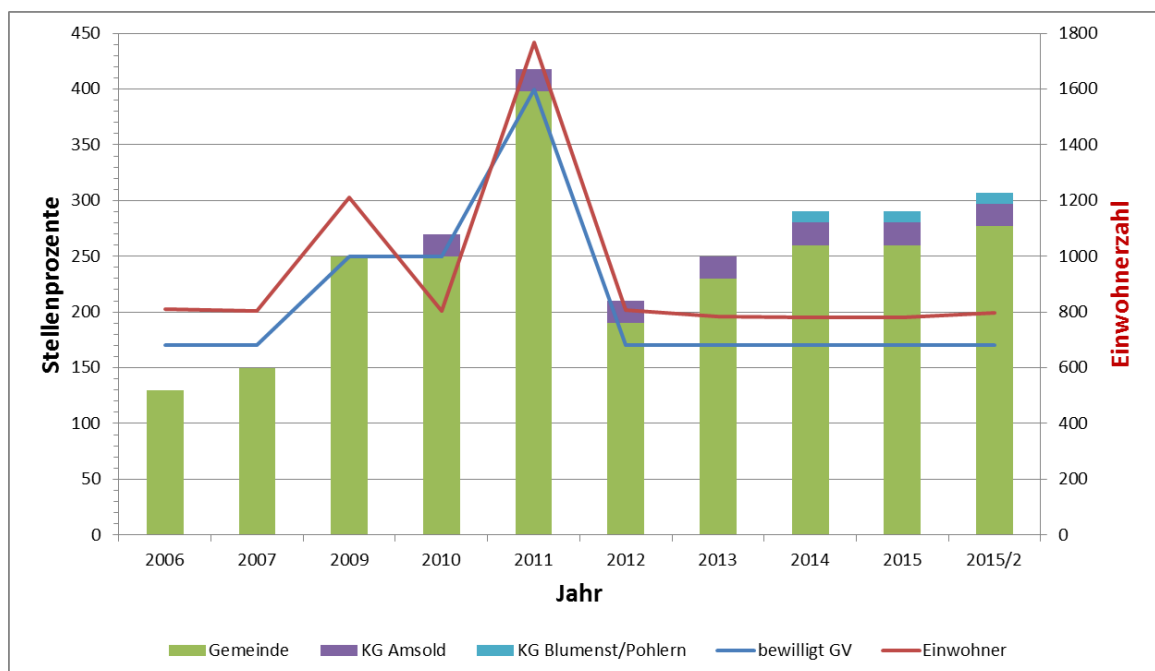
Die PBA befürwortet die Vertragsverhandlungen mit Thierachern. Damit wir aber im Falle des Scheiterns oder bei Ablehnung des Vertrags durch die Gemeindeversammlung (der Vertrag muss der Gemeindeversammlung zum Beschluss vorgelegt werden) nicht wieder ohne Vertragspartner dastehen, soll die Variante Stocken-Höfen auch weiterverfolgt werden.

200 Stellenprozente für die Gemeindeverwaltung

Die Festanstellung des neuen Gemeindeschreibers darf nicht von der Erhöhung der Stellenprozente auf 260 abhängig gemacht werden!

Amsoldingen ist eine kleine Gemeinde mit knapp 800 Einwohnern.

- Bis 2007 verfügte die gesamte Gemeindeverwaltung Amsoldingen über 120 Stellenprozente.
- Erst vor acht Jahren wurde ein Stellenetat von 170 % genehmigt.
- Seither sind viele Aufgaben weggefallen.
- Neubewertung mit 286 % ist überdotiert und nicht objektiv.
- Alleine die Gemeindeschreiberei, ohne Finanzverwaltung und AHV-Zweigstelle, wurde höher bewertet (195 %) als die gesamte Verwaltung, inkl. Finanzverwaltung und AHV-Zweigstelle, vor acht Jahren (170 %).
- 10 Stellenprozente entsprechen jährlich wiederkehrenden Ausgaben von plus / minus Fr. 10'000.00.
- ✓ Fr. 60'000.00 Mehraufwand entsprechen einer Erhöhung der Gemeindesteueranlage von 0.07.
- Trotz ausserordentlicher Einnahmen schliesst die Rechnung 2014 nicht ausgeglichen ab – Aufwandüberschuss beträgt Fr. 53'000.00.



Die PBA befürwortet selbstverständlich eine Festanstellung von Herrn Mani. Sie erachtet eine Erhöhung des Stellenetats um 30 % als verhältnismässig und beantragt der Gemeindeversammlung, den Beschäftigungsgrad für die Gemeindeverwaltung auf 200 % ohne Kirchgemeinde (oder 225 % inklusive) festzulegen.